A9 Ankerzentren auflösen, Integration vor Ort ermöglichen

Antragsteller*in: Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land)
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Anträge

Wer die Kommunen bei der Migration entlasten will, darf Geflüchtete nicht in Massenunterkünften wie derzeit zum Beispiel in der Aufnahmeeinrichtung Oberfranken (AEO) in Bamberg unterbringen. Das überholte System der Ankerzentren muss von der Bayerischen Staatsregierung aufgelöst werden.

Stattdessen sollen für die Erstaufnahme von Geflüchteten sogenannte Welcome Center geschaffen werden. Diese sollen dezentral in jeder Metropole, jedem Regionalzentrum und jedem Oberzentrum – gegebenenfalls auch zusätzlich in einzelnen Mittelzentren – entstehen und in ihrer Zuständigkeit die umliegenden kreisfreien Städte und Landkreise mitabdecken. Die Verteilung der Geflüchteten an die Welcome Center erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel.

In diesen Welcome Centern soll die Erstregistrierung und medizinische Untersuchung stattfinden. Möglichst direkt danach und schon während des Asylverfahrens erfolgt die Weiterverteilung in dezentrale Unterkünfte in den Kommunen, welche als kleine Gemeinschaftsunterkünfte mit Selbstversorgung bzw. als Einzelwohnungen konzipiert sind.

Der Freistaat muss seiner Verantwortung gerecht werden und diese dezentralen Unterkünfte schaffen bzw. die Kommunen dabei vor Ort deutlich stärker auch finanziell unterstützen. Dazu gehört insbesondere der schnelle Ausbau von sozialem Wohnraum – für alle Menschen.

Auch bei den Rahmenbedingungen vor Ort muss der Freistaat Bayern die Kommunen deutlich stärker unterstützen. Dazu braucht es eine verlässliche Finanzierung von Asyl- und Migrationsberatung, von sozialer Infrastruktur (Sozialarbeit an Schulen, Sprachförderung usw.) und von mit dem ÖPNV erreichbaren Sprachkursen.

Um Integration voranzubringen, sollen die vorhandenen kommunalen Strukturen im Mittelpunkt stehen wie zum Beispiel die Ämter für Migration und Integration. Deren Schwerpunkt soll deutlicher auf die Integration gelegt werden. Sie sollen in Zukunft als zentrale Anlaufstation für Geflüchtete in jeder kreisfreien Stadt und jedem Landkreis fungieren, aber insbesondere auch die einzelnen Kommunen bei der Integration vor Ort unterstützen.

Begründung

Die Einrichtung der Ankerzentren in Bayern sollte ursprünglich dazu dienen, die Erstaufnahme von Geflüchteten effizient zu bewältigen und Asylverfahren zu beschleunigen. In der Praxis haben sich aber zahlreiche eklatante Probleme und untragbare Missstände offenbart. Überfüllte Unterkünfte und unzureichende Versorgung stellen eine nicht hinnehmbare Verletzung der Menschenwürde dar und stehen im klaren Widerspruch zu den grundlegenden Werten, für die wir in Bayern einstehen sollten.

Das Ankerzentrum als Unterbringungsform grenzt aus und hat das Ziel, Integration zu verhindern. Eine mit Stacheldraht umzäunte und zugangsbeschränkte Massenunterkunft stellt weder für die Bewohnenden noch für die Anwohnenden eine gute Situation dar: Nachbarschaftliche Kontakte und ehrenamtliches Engagement sind durch diese Ghettoisierung nur schwer möglich.

Das heißt: Die üblichen Wege der Integration sind den Geflüchteten im Ankerzentrum nahezu komplett versperrt. Darüber hinaus führt eine zentrale Massenunterbringung nicht zwangsläufig zu einer schnelleren Bearbeitung von Asylanträgen. Im Gegenteil führt die immer wieder entstehende Überlastung der Ankerzentren zu Verzögerungen und ineffizienten Abläufen. Geflüchtete werden so teils viel länger als nötig in den Massenunterkünften gehalten.

Dem gegenüber ermöglicht eine dezentrale Unterbringung eine bessere Integration Geflüchteter in die Gesellschaft. Parallel dazu müssen auch die ersten Anlaufstellen der Erstregistrierung dezentral verortet sein. Dies bringt den unschätzbaren Vorteil der kommunalen Vernetzung, die gerade bei der Verteilung in die einzelnen Kommunen wichtig ist. Durch die Verteilung auf verschiedene Standorte können sich Geflüchtete schneller in das lokale Umfeld integrieren, Kontakte zu den Menschen vor Ort knüpfen und Sprachkenntnisse verbessern. Parallel dazu müssen auch die ersten Anlaufstellen der Erstregistrierung dezentral verortet sein. Dies bringt den unschätzbaren Vorteil der kommunalen Vernetzung, die gerade bei der Verteilung in die einzelnen Kommunen wichtig ist.

Um den Prozess der Neustrukturierung zu beschleunigen, greifen wir auf vorhandene Strukturen wie das Amt für Migration und Integration zurück. Hier muss der Fokus insbesondere auf die Integration Geflüchteter vor Ort liegen. Wir erweitern die Aufgabenbereiche des Amtes für Migration und Integration und machen sie zu Anlaufstellen für Geflüchtete UND Kommunen vor Ort bei allen Fragen und Unterstützungsgesuchen zur Integration.

Unterstützer*innen

Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Sandra Smolka (KV Freising), Konstantin Behling (KV Bamberg-Stadt), Elias Leikeb (KV Bamberg-Stadt), Mia Mistele (KV Bamberg-Stadt), Leonie Philine Pfadenhauer (KV Bamberg-Stadt), Stefan Haas (KV Dachau), Friederike Scholl (KV Bamberg-Stadt), Caren Brinckmann (KV Bamberg-Stadt), Helena Ruth Lakemann (KV Coburg-Stadt), Christian Ohnemüller (KV Kulmbach), Jonas Langlotz (KV Bamberg-Stadt), Alisa Matthies (KV Bamberg-Stadt), Hans-Heinrich Sautmann (KV Fürstenfeldbruck), Miranouk Schleier (KV Bamberg-Stadt), Carla Ober (KV Erlangen-Stadt), Michaela Reimann (KV Bamberg-Stadt), Elli Wolf (KV Amberg-Sulzbach), Michael

Dietz (KV Bamberg-Stadt), Franka Babst (KV Erlangen-Stadt), Matthias Ernst (KV Straubing-Bogen), Daniel Seniuk (KV Bamberg-Stadt), Mirjam Novak (KV Forchheim), Teresa Kressel (KV Bamberg-Land), Ariane Türk (KV Bamberg-Stadt), Madeleine Schneider (KV Tirschenreuth), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Heike Manz (KV Bamberg-Stadt), Luis Reithmeier (KV Bamberg-Stadt), Christoph Lurz (KV Bamberg-Stadt), Susanne Bauer (KV Bayreuth-Land), Kristin Martl-Hassan (KV Mühldorf), Bernhard Schüßler (KV München-Land), Tim-Luca Rosenheimer (KV Bamberg-Land), David Distel (LV Grüne Jugend Bayern), Bernd Leuthäusser (KV Coburg-Stadt), Burkard Wiesmann (KV Regensburg-Stadt), Christoph Beck (KV Schwandorf), Lisa Stockmann (KV Fürstenfeldbruck), Elena Pietrafesa (KV Kronach), Jonas Rodi (KV Main-Spessart), Umut Sahverdi (KV Nürnberg-Stadt), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt), Leon Eckert (KV Freising), Elke Struzena (BV Bundesverband), Angela Büttner (KV München), Gabriele Masch (KV München), Frank Dürsch (KV München), Arne Brach (KV München), Cemal Bozoglu (KV Augsburg-Stadt), Serdar Akin (KV Augsburg-Stadt), Susanne Herrmann (KV München), Stefan Wagner (KV Augsburg-Stadt), Wolfgang Urban (KV Augsburg-Stadt), Jonas Turber (KV Rosenheim), Lisa Feldmann (KV Erlangen-Stadt), Réka Lörincz (KV Nürnberg-Stadt), Barbara Baums (KV München), Verena Machnik (KV Starnberg), Michael Langwieder (KV Traunstein), Reiner Kurzmann (KV Nürnberg-Land), Inge Pütz-Nobis (KV Forchheim), Christina Wildberger (KV München)